

Jesus von Nazaret aufgrund weniger „Stellen“ zum „Höhlenprediger“ stilisieren, um ihn dann um so entrüsteter abweisen zu können; wer immer noch in der paulinischen Kreuzestheologie die Rechtfertigung eines blutrünstigen Gottes erblickt, der bestreitet der Theologie nach der Aufklärung das Recht zur Aufklärung nach ihren eigenen Maßstäben.

Was bleibt nach so viel Destruktion?

Er lege ein „achristliches Buch“ vor, erklärt der Verfasser seinen Lesern schon im ersten Satz, und die Gesamttendenz des Buches läßt denn auch eine völlige Destruktion von Religion vermuten. Um so erstaunter liest man die letzten fünf Seiten, will Bugge hier ganz unvermittelt doch auf ein „religiöses Paradigma“ hinaus, das er emphatisch ein „wirklich neues“ Paradigma nennt, „das für heutige aufgeklärt-wissende Menschen akzeptierbar“ zu sein habe. Ausdrücklich freilich fügt Bugge hinzu: ein solches religiöses Paradigma könne „kein biblisch-christliches Paradigma“ sein. Was aber soll das „wirklich Neue“ an diesem Paradigma sein? Man staunt: „Vereinbarkeit“ mit dem heutigen „Wissensstand“ und mit den „erreichten ethisch-moralischen Standards“, aber auch die Offenheit für immer neue „Überschreitungen der menschlichen Erkenntnisfähigkeit“ und die Funktion einer Lebensorientierung und Sinngebung.

Wirklich neu? Das alles kann man auch bei jedem zeitgenössischen Theologen nachlesen. Woher aber begründet Bugge sein „wirklich neues“ religiöses Paradigma?

Auf „Nihilismus“ und „Verzweiflung“ will ja auch er nicht hinaus, will er doch sogar an der „Möglichkeit einer (partiell) optimistischen Welt- und Lebensinterpretation“ festhalten. Die geistigen Quellen dieser seiner Religion freilich offenbart er uns nicht. Frei schwebend soll hier eine vage Religiosität neben allen großen religiösen Traditionen kreierte werden, die doch heimlich parasitär von deren Sinn- und Wertepotential zehrt. Der postchristliche Psychologe wird zu einem Sinn- und Wertparasiten, der von der Leiche noch lebt, die er glaubt fleddern zu können.

Nein, mit vagen Auskünften, in ein Nietzsche-Zitat verkleidet, „ein *verborgenes Ja* treibt uns, das stärker ist als alle unsere Neins“, darf uns ein Psychologe nach so viel kritischem Reflexionsaufwand nicht abspesen. Wir als Leser haben nach diesem Aufwand an Destruktion einen Anspruch darauf zu erfahren, wie man dieses „Ja“, das offensichtlich irgendwo „verborgen“ ist und auf ungeklärte Weise „treibt“, zu begründen gedenkt, zumal wenn es buchstäblich auf der vorletzten Seite „einfällt“ wie der sprichwörtliche „Kürbis“, den Hegel bei solchen unvermittelten philosophischen Einfällen hereinrollen sah. Und es genügt nicht, für die alles entscheidende „Wahrheitsfrage“, die der Verfasser selber aufwirft, auf sein nächstes Buch verwiesen zu werden. Wer soviel Wahrheit gegen Judentum und Christentum – vom Islam gar nicht zu reden – über 450 Seiten beansprucht hat, ist es seinen Lesern schuldig, über diese Grundfrage Auskunft zu geben, bevor er die Wahrheitsansprüche anderer in so maßloser Weise destruiert. *Karl-Josef Kuschel*

Selbstvergewisserung im neuen Europa

Die Europäische Evangelische Versammlung in Budapest

Erstmals trafen sich Ende März in der ungarischen Hauptstadt Vertreter praktisch aller reformatorischen Kirchen in Europa, um sich über Wege zu mehr protestantischer Zusammenarbeit und Gemeinschaft nach dem Ende des bisherigen Ost-West-Gegensatzes zu verständigen. Die relativ kurzfristig einberufene Budapester Versammlung konnte nur in begrenztem Umfang Sachthemen der innerprotestantischen Ökumene und der protestantischen Verantwortung für Europa bearbeiten. Sie war über ihre Funktion als Forum der Begegnung zwischen Vertretern aus Ost und West, Süd und Nord hinaus vor allem ein deutliches Signal dafür, daß im Protestantismus angesichts der veränderten Situation ein Bedürfnis nach gemeinsamer Standortbestimmung besteht.

Die Sonderversammlung der Bischofssynode für Europa, die Ende letzten Jahres im Vatikan tagte (vgl. HK, Februar 1992, 65 ff.), und die Europäische Evangelische Ver-

sammlung vom 24. bis 30. März in Budapest hatten einiges *gemeinsam*. In beiden Fällen ging es um eine kirchliche Standortbestimmung angesichts der grundlegend veränderten Situation in Europa, auf beiden Versammlungen spielten Begegnung und Austausch zwischen Kirchenvertretern aus den bis vor wenigen Jahren ideologisch-politisch getrennten Teilen des Kontinents eine wichtige Rolle, zahlreiche *Themen* vom christlichen Beitrag zur Gestaltung von Staat und Wirtschaft über die Evangelisierung Europas bis hin zur Nationalitätenproblematik wurden sowohl von der Bischofssynode wie von der Evangelischen Versammlung diskutiert und in den jeweils verabschiedeten Dokumenten angesprochen.

Während die katholische Kirche für ihren Versuch einer offiziellen Standortbestimmung im neuen europäischen Kontext auf das kirchenrechtlich vorgegebene und normierte Instrument einer Sonderversammlung der Bischofssynode zurückgriff, mußten die evangelischen

Kirchen für ihr paralleles Bemühen erst *ad hoc* ein entsprechendes Forum in Form der Europäischen Evangelischen Versammlung schaffen. Die katholische Kirche ist wie in allen anderen Teilen der Welt auch in den verschiedenen europäischen Ländern zumindest auf der amtlich-hierarchischen Ebene grundsätzlich gleich strukturiert und versteht sich als eine Kirche in verschiedenen Teilkirchen. Demgegenüber weist der Protestantismus in Europa wie auch sonst ein kirchlich-konfessionell buntes Bild auf. Neben großen Staats- bzw. Landeskirchen stehen kleine Minderheitskirchen, neben Lutheranern und Reformierten als den beiden „klassischen“ Konfessionen aus der Reformationszeit stehen erst später durch inner-protestantische Einigungsbemühungen oder aus reformatorischen Seitenströmen entstandene Kirchen und Gemeinschaften wie Unierte, Methodisten und Baptisten.

Die Sonderstellung der EKD im europäischen Protestantismus

Die *Initiative* zu der Budapester Versammlung ging von einem Treffen evangelischer Kirchenvertreter aus Ost- und Westeuropa aus, das Ende August letzten Jahres in Basel stattfand (vgl. HK, Oktober 1992, 446). In der Zusammenfassung der dabei angestellten Überlegungen hieß es, die aus der Reformation hervorgegangenen Kirchen hätten die Neigung, ihr Zeugnis auf den nationalen Kontext auszurichten. Die Glaubwürdigkeit der Botschaft der evangelischen Kirchen hänge aber davon ab, ob sich aus ihr Antworten auf die bedrängenden Fragen der Zukunft Europas ableiten ließen. Die Stimme der evangelischen Kirchen, so eine Grundaussage des Basler Treffens, müsse im europäischen Raum zur Geltung gebracht werden, wobei auf das Streben der katholischen Kirche nach Präsenz in allen Teilen Europas und die regen Aktivitäten fundamentalistischer Kreise für eine Evangelisierung Europas in ihrem Sinn verwiesen wurde. Deshalb votierte man bei dem Treffen für die Einberufung einer Ad-hoc-Versammlung evangelischer Kirchen im Frühjahr 1992 mit dem Thema „Zeugnis und Dienst der evangelischen Kirchen im künftigen Europa“.

Zu der Budapester Versammlung wurden vom Vorbereitungsausschuß alle evangelischen Kirchen eingeladen, die der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) angehören. Die allermeisten leisteten dieser Einladung Folge und beauftragten Vertreter für das Treffen in der ungarischen Hauptstadt. Nicht durch offizielle Delegierte, sondern nur durch Beobachter waren die lutherischen Kirchen Skandinaviens (mit Ausnahme der dänischen) vertreten. Neben den Repräsentanten von Kirchen nahmen an der Budapester Versammlung auch Vertreter *evangelischer und ökumenischer Organisationen in Europa* (etwa der europäische CVJM oder das Forum christlicher Frauen in Europa) teil. Die Kirche von England, die orthodoxen Kirchen, die Altkatholiken und die katholische Kirche schickten Beobachter nach Budapest (katholischer Beobachter war ein Mitarbeiter des Päpstlichen Rates für die Förderung der Einheit der Christen).

Die Zahl der Vertreter der einzelnen Kirchen war nach ihrer Mitgliederzahl gestaffelt. Dementsprechend stellte die Evangelische Kirche in Deutschland die größte Delegation; die *gesamtdeutsche EKD* mit ihren ca. 29 Millionen Mitgliedern ist schon rein quantitativ im protestantischen Europa die herausragende Größe. Die lutherischen Kirchen Skandinaviens haben zusammengenommen weniger Mitglieder als die EKD-Gliedkirchen, zwischen dem „Riesen“ EKD und den anderen in Budapest durch offizielle Repräsentanten vertretenen evangelischen Kirchen (über der Millionengrenze liegen außer den Dänen nur die schottischen, niederländischen, Schweizer und ungarischen Reformierten) klafft ein massiver Abstand in der Größenordnung. Auch die *finanziellen und personellen Ressourcen* der EKD sind im europäischen Vergleich einzigartig, wodurch den deutschen Protestanten eine von anderen Kirchen teilweise nicht ohne Argwohn betrachtete Sonderstellung im Konzert des europäischen Protestantismus zukommt.

Bei der Zusammensetzung des Präsidiums wie bei der Auswahl der Referenten für die Budapester Versammlung war man deutlich um ein Gleichgewicht zwischen Ost und West, größeren und kleineren evangelischen Kirchen bemüht. Den Vorsitz der Versammlung teilten sich Bischof *Martin Kruse* (Berlin-Brandenburg) und der Schweizer Kirchenbundspräsident *Heinrich Rusterholz* als Vertreter des „Westens“ mit dem polnischen lutherischen Bischof *Jan Szarek* und dem ungarisch-reformierten Bischof *Kálmán Csiba* aus dem siebenbürgischen Klausenburg. Die Themen „Evangelische Verantwortung in Politik und Wirtschaft“ und „Zeugnis und Dienst der evangelischen Kirchen in einer säkularisierten Gesellschaft“ wurden jeweils parallel von einem Referenten aus dem Westen und dem früheren Ostblock behandelt. Im Plenum wie in manchen Sektionen dominierten aber doch die Stimmen und Voten aus der Westhälfte Europas. Aber auch Vertreter protestantischer Minderheitskirchen aus west- und südeuropäischen Ländern hatten eher Schwierigkeiten, sich zu artikulieren bzw. mit dem Prozedere einer solchen Versammlung zurechtzukommen.

Zur *inhaltlichen Vorbereitung* des Budapester Treffens hatte der nach Basel konstituierte Vorbereitungsausschuß ein umfangreiches Dokument erarbeitet, das sich mit dem reformatorischen Verständnis des Evangeliums, der Verkündigung dieser Botschaft unter den gegenwärtigen geistigen und kirchlichen Voraussetzungen sowie mit Schwerpunkten evangelischer Verantwortung im künftigen Europa befaßt (epd-Dokumentation Nr. 5 a/1992). In diesem Papier wurden schon die Schwerpunkte angesprochen, die auch bei der Versammlung selber im Mittelpunkt standen: Wie ist heute das den reformatorischen Kirchen gemeinsame Spezifikum zu bestimmen, das sie in der europäischen Christenheit einzubringen haben? Welche besonderen Akzente können und müssen evangelische Kirchen heute bei ihrem gesellschaftlichen und politischen Engagement in Europa setzen? Wie läßt sich die Gemeinschaft zwischen den verschiedenen evangelischen

Kirchen voranbringen bzw. ausbauen, und wie verhält sich die innerprotestantische Ökumene zu ihrem Bemühen um die Einheit aller Christen?

Eine theologisch wie sprachlich brillante Vorgabe zur Grundfrage nach der protestantischen Identität im heutigen Europa lieferte bei der Eröffnungsveranstaltung der Budapester Versammlung der Tübinger Systematiker *Eberhard Jüngel*. Er warnte die evangelische Christenheit davor, ihre bedrohte religiöse Identität selbst sichern und „durch allerlei protestantische Kraftanstrengungen“ ihre bezweifelte Relevanz für Europa unter Beweis stellen zu wollen. Es könne für den europäischen Protestantismus keine Sicherung seiner religiösen Identität geben, weder gegenüber der säkularisierten Gesellschaft noch gegenüber der orthodoxen oder katholischen Kirche. Jüngel bestimmte in der ihm eigenen Vorliebe für paradoxe Zuspitzungen die Eigenart der evangelischen Kirchen gerade darin, *nichts Besonderes sein zu wollen*: „Die evangelischen Kirchen beanspruchen genau das zu sein, was alle christlichen Gemeinschaften zu sein berufen und bestimmt sind, nämlich die ganz und gar menschliche und also irdische Darstellung Jesu Christi und des in ihm offenbaren Gottes: eine Darstellung, die aber nur dann gelingt, wenn sie nicht zur Selbstdarstellung mißrät.“

Rechtfertigungsbotschaft und Vergangenheitsbewältigung

Jüngel skizzierte auf dieser Grundlage einige Leitlinien für den Auftrag der evangelischen Kirchen in Europa: Sie sind gehalten, Säkularisierung und gesellschaftlich-religiösen Pluralismus grundsätzlich zu bejahen und durch die Verkündigung des Evangeliums von der Wahrheit Jesu Christi die Menschen von der Lebenslüge befreien, sich selber produzieren und erneuern zu müssen. Zur notwendigen Ausbildung einer *Kultur des Gewissens* hätten die evangelischen Kirchen vielleicht mehr beizutragen als jede andere europäische Institution. Die nur der Kirche mögliche Vergebung der Sünde im Namen Gottes schärfe das *Gewissen* und mache sehr viel verantwortungsbereiter als irgendein moralischer Imperativ.

Schon das Vorbereitungsdokument unterstrich die Botschaft der Rechtfertigung im Glauben aus Gottes Gnade allein als tragende Mitte der Reformation und stellte die Bedeutung der evangelischen Freiheit für das protestantische Zeugnis in den beiden bis vor kurzem getrennten Teilen Europas heraus. Auch die *Schlußbotschaft* an die evangelischen Christen, Gemeinden und Kirchen in Europa, die in Budapest nach einiger Mühe verabschiedet wurde (eine erste Fassung wurde so stark kritisiert, daß sie in vielen Partien grundlegend überarbeitet werden mußte), betont gleich zu Anfang die Bedeutung der Rechtfertigungsbotschaft heute: „Es ist unsere bleibende und vordringliche Aufgabe, die in der Reformation wieder entdeckte Wahrheit zu bezeugen, daß Gott die Gottlosen in Christus rechtfertigt, damit sie ihn über alle Dinge fürchten, lieben und ihm vertrauen.“ Kontrovers diskutiert

wurde von der Versammlung vor allem der Passus der Botschaft, der eine Verhältnisbestimmung von Reformation und Aufklärung als bestimmenden Prägungen für den heutigen Protestantismus versucht. Im endgültigen Text heißt es, die Kirchen reformatorischen Ursprungs seien sowohl in der Tradition der Reformation verwurzelt als auch durch die Tradition der Aufklärung mit geprägt: „Wir werden aus der Spannung zwischen Glauben und Vernunft nicht entlassen.“

Der längste Abschnitt der Schlußbotschaft gilt dem gerade für die evangelischen Kirchen im früheren Ostblock heiklen Thema der *Vergangenheitsbewältigung*. Der Text formuliert dabei ausgesprochen vorsichtig-zurückhaltend: Es ist von der „schuldhaften Verstrickung in den herrschenden Machtapparat“ die Rede, die es neben mutigem Zeugnis unter dem Kommunismus gegeben habe. Die Botschaft ruft zu einem redlichen Umgang mit der Vergangenheit auf. Menschen sollten nicht leichtfertig verletzt werden, es brauche Zeit für die Aufarbeitung der Vergangenheit, man müsse um die Grenzen der Möglichkeit einer solchen Aufarbeitung wissen und Vergebung müsse möglich werden. Nicht zu umgehen war in Budapest auch das im ehemals kommunistischen Machtbereich jetzt vielfach virulente *Nationalitätenproblem* mit seinen religiös-kirchlichen Faktoren. Der Bericht der entsprechenden Sektion betont, bei Nationalitätenkonflikten müßten die Kirchen für den Frieden arbeiten, und fordert nationale Mehrheitskirchen dazu auf, Brücken zu kleineren Kirchen zu bauen und keine Trennzäune zu errichten. Die Schlußbotschaft wendet sich entschieden gegen den Versuch, „nationale Differenzen religiös zu legitimieren und damit zu verschärfen“.

Die Leuenberger Gemeinschaft ausbauen

Das allermeiste von dem, was in den Diskussionen der Budapester Versammlung zu Staat, Wirtschaftsordnung, neuem Lebensstil, Diakonie oder Evangelisierung gesagt und in den jeweiligen Sektionsbereichen festgehalten wurde, findet sich auch in anderen kirchlichen und ökumenischen Verlautbarungen zu diesen Themen. Ihr spezifisches Profil erhielt die Europäische Evangelische Versammlung durch ihre Aussagen und Vorstöße zur innerprotestantischen Ökumene bzw. zur Verstärkung des gemeinsamen evangelischen Zeugnisses in Europa. Das zeigt sich schon daran, daß zu diesem Themenbereich nicht nur wie bei den anderen ein Sektionsbericht von der Versammlung zur Kenntnis genommen, sondern ein förmlicher *Beschluß* gefaßt wurde.

Diesem Beschluß zufolge sollen zur verstärkten Zusammenarbeit und zur gemeinsamen Profilierung der evangelischen Kirchen in Europa vor allem zwei Wege beschritten werden: Vertiefung und Erweiterung der durch die *Leuenberger Konkordie* von 1973 hergestellten Kirchengemeinschaft zwischen den lutherischen, reformierten und unierten Kirchen in Europa und Schaffung eines

Ortes der „Selbstverständigung und Klärung der evangelischen Mitgliedskirchen“ innerhalb der *Konferenz Europäischer Kirchen*. Dabei richtete sich der Blick zum einen auf die nächste Vollversammlung der „Leuenberger“ Kirchen 1994 in Wien. Sie soll genutzt werden, um der Verpflichtung der evangelischen Kirchen zum gemeinsamem Zeugnis und Dienst mehr als bisher Ausdruck zu geben und zur Klärung des Verhältnisses zwischen den evangelischen Kirchen, die untereinander Kirchengemeinschaft haben, und denen, mit denen keine Kirchengemeinschaft besteht, beizutragen. Zum anderen war in Budapest die im September bevorstehende Vollversammlung der KEK im Blick, auf der über protestantische Wünsche nach einer stärkeren Profilierung beraten werden könnte.

Es wird sich erst herausstellen müssen, ob und wie sich eine deutlichere protestantische Fraktionsbildung innerhalb der Konferenz Europäischer Kirchen mit deren Struktur und Selbstverständnis als Vereinigung aller nichtkatholischen Kirchen in Europa vereinbaren läßt. In seinem in Budapest verlesenen Grußwort wies KEK-Generalsekretär *Jean Fischer* jedenfalls mehrmals auf den besonderen Auftrag seiner Organisation als Zusammenschluß *nicht nur protestantischer Kirchen* hin. Vieles, was im Vorbereitungsdokument für die Europäische Evangelische Versammlung angesprochen werde, sei bei der ökumenischen Versammlung von Basel Pfingsten 1989 und bei der Konsultation zwischen KEK und CCEE von Santiago de Compostela Ende letzten Jahres (vgl. HK, Januar 1992, 9) schon in der Gemeinschaft aller christlichen Kirchen gesagt worden. Jetzt gehe es vor allem um die Umsetzung und Verwirklichung dessen, was bereits gemeinsam verabschiedet worden sei.

Auch bei Vertiefung und Ausbau des mit Leuenberg begonnenen Prozesses dürfte es nicht ohne Schwierigkeiten abgehen. In einem Referat zum Thema innerprotestantische Ökumene wies die Göttinger Kirchenhistorikerin *Dorothea Wendebourg* in Budapest darauf hin, daß Unterzeichnerkirchen der Leuenberger Konkordie Lehrgespräche mit anderen Kirchen führten, ohne dabei die mit Leuenberg erreichte Gemeinschaft wirklich zu berücksichtigen. Demgegenüber plädierte sie dafür, die privilegierte Beziehung einer schon bestehenden Kirchengemeinschaft müsse in jedem Gespräch einer Kirche der Leuenberger Gemeinschaft mit einer weiteren Kirche zur Geltung kommen. Im Blick war dabei wohl nicht zuletzt der *lutherisch-katholische Dialog*, der in bezug auf Amt, Herrenmahl und Einheitsvorstellung zu weitreichenden Übereinstimmungen gekommen ist, die allerdings von beiden Seiten noch nicht offiziell rezipiert wurden.

Im Sektionsdokument zu den interkonfessionellen Beziehungen ist von der Möglichkeit die Rede, die Leuenberger Kirchen könnten gemeinsam mit der *Methodistischen Kirche* und der *Kirche von England* eine neue Form von Europäischer Kirchengemeinschaft schaffen. Zwischen der Kirche von England und den EKD-Gliedkirchen besteht seit 1991 eine Vereinbarung über Kanzel- und

Abendmahlsgemeinschaft („Meißner Erklärung“), die aber keine volle Kirchengemeinschaft bedeutet. Im übrigen machte Dean *John Arnold* als Beobachter der Church of England in Budapest deutlich, daß sich die Anglikaner als sowohl reformatorische wie katholische Kirche verstehen und sich deshalb nicht vorschnell in einen protestantischen Block integrieren lassen möchten. Der Weg zur institutionellen Vertiefung und Ausweitung innerprotestantischer Ökumene ist also *mit einigen Stolpersteinen gepflastert*; das Eigenprofil der einzelnen Kirchen und Gemeinschaften steht teilweise in Spannung zu dem in Budapest vielfältig artikulierten Wunsch nach mehr Gemeinsamkeit der europäischen Protestanten, stärker kirchenorientierte Vorstellungen von protestantischer Gemeinschaft stehen neben solchen, denen es mehr auf das gesellschaftlich wirksame Zeugnis der einzelnen Christen und ihrer Gruppen in Umsetzung der evangelischen Freiheit ankommt.

Keine protestantische Front gegen Rom

Die Budapester Versammlung wäre ohne die Einberufung der Sonderversammlung der Bischofssynode für Europa durch Johannes Paul II. in dieser Form und nach so knapper Vorbereitungszeit kaum veranstaltet worden. Das Bemühen, angesichts der in Europa quantitativ dominierenden und durch ihre übernationale Struktur in mancher Hinsicht europakompatibleren katholischen Kirche ein protestantisches Zeichen zu setzen bzw. die vorhandenen Wege zu mehr protestantischer Gemeinschaft zu bündeln, war zweifellos mit der entscheidenden Anstoß für die Evangelische Versammlung.

Die Bischofssynode hat sich in ihrem Schlußdokument zur katholisch-reformatorischen Ökumene nur sehr knapp geäußert, dabei aber für die Fortsetzung des bisher „so fruchtbar geführten“ Dialogs mit den reformatorischen Kirchen plädiert. Der Budapester Sektionsbericht zu den interkonfessionellen Beziehungen greift diese Aussage auf und äußert die Hoffnung, daß sie in ganz Europa ernst genommen werde. Die bekannten Gravamina aus Osteuropa werden eher zurückhaltend formuliert (in jüngster Zeit würden in manchen Regionen die Antworten der katholischen Kirche auf die neuen Herausforderungen als Hegemonieanspruch empfunden, wodurch das ökumenische Klima gefährdet werde); die positiven Erfahrungen der evangelisch-katholischen Zusammenarbeit in einigen Ländern sollen – so der Bericht – auch dort zu gemeinsamem Zeugnis ermutigen, wo bisher wenig evangelisch-katholische Gemeinsamkeit praktiziert wurde.

Daß die Bemühungen um innerprotestantische Verständigung und Gemeinschaft nicht zu Lasten der ökumenischen Beziehungen zu anderen Kirchen, gerade der katholischen Kirche, gehen sollen, war in Budapest immer wieder zu hören. Es wurden bei der Evangelischen Versammlung denn auch keine Pläne für eine protestantische

Front gegenüber einer übermächtigen katholischen Präsenz in Europa geschmiedet. Aus der Versammlung soll auch *keine neue permanente Struktur* entstehen, was die Einberufung von Folgetreffen nicht ausschließt. Wohl aber zeigte Budapest deutlich einen Bedarf nach protestantischer Selbstvergewisserung im Blick auf das eigene theologisch-kirchliche und kulturelle Erbe, der ökumeni-

sche Chancen wie Probleme mit sich bringt. Vergleichbare Prozesse sind derzeit aber auch in der katholischen Kirche und (wenn auch eher zaghaft) in der Orthodoxie im Gang. Gerade deshalb ist es entscheidend wichtig, die bestehenden Strukturen der ökumenischen Zusammenarbeit auf nationaler wie europäischer Ebene aufrechtzuerhalten und auszubauen. *Ulrich Rub*

Wie vernünftig ist der Glaube?

Philosophische Antwortversuche auf eine heute oft verdrängte Frage

Jedes Frühjahr veranstaltet die Katholische Akademie in Bayern gemeinsam mit der Münchner Philosophischen Hochschule der Jesuiten ein Philosophisches Seminar mit namhaften Referenten. Diesmal stand das Verhältnis von Religion und Rationalität im Mittelpunkt. Dabei wurde deutlich, daß die Frage nach der Rationalität von Religion nicht einfach durch einen von außen herangebrachten Rationalitätsbegriff beantwortet werden kann. Religion überhaupt und christlicher Glaube im besonderen haben eine eigenständige Grundlage, sind aber gerade darum auf die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Rationalitätsstandards angewiesen.

Braucht Glaube Denken? Welche Rolle spielt die Vernunft in der Religion? Gibt es rationale Argumente für oder gegen eine religiöse Einstellung? Ist Religion etwas rein Gefühlsmäßiges und Privates, über das sich nicht mehr diskutieren läßt? Oder gibt es allgemein nachvollziehbare Begründungen für eine religiöse Einstellung zur Welt und zum Leben?

Diese Fragen standen im Zentrum des diesjährigen Philosophischen Seminars, zu dem die Katholische Akademie in Bayern in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Philosophie SJ in München, Studenten und Assistenten aller Fachgebiete geladen hatte. In einer Zeit, in der Glauben und Denken zunehmend gegeneinander ausgespielt werden – sei es im dogmatischen Fundamentalismus oder in der bloßen Berufung auf Erfahrungen, die beide keine rationale Überprüfung mehr zulassen – war es das Verdienst sämtlicher zehn Referenten, sich um eine differenzierte Antwort in diesem komplexen Problemfeld zu bemühen.

Ist Religion durch ihren ethischen Kern rational?

Friedo Ricken (Hochschule für Philosophie SJ, München) steckte mit seinen Eingangsvorlesungen zum Thema: „Religion ohne Gottesbeweis? Die Situation der Religionsphilosophie nach Kant“ den Rahmen ab, in dem sich die Diskussion bewegen sollte. Zunächst ging er auf die religionsphilosophischen Entwürfe von Kant ein, die durch Vorträge von *Werner Beierwaltes* (Universität

München) und durch eine Arbeitsgemeinschaft über das Verhältnis von Vernunft und Glaube bei Thomas von Aquin von *Richard Heinzmann* (Universität München) vertieft wurden. Beierwaltes entfaltete sein Thema „Erfahrung, Mystik, Transzendenz. Wege zu Gott in der platonisch-augustinischen Tradition“ anhand einer historischen, immanenten und durch die Begrifflichkeit des deutschen Idealismus bestimmten Interpretation von Plotin, Augustin und Nikolaus von Kues. Heinzmann betonte die Ausgewogenheit zwischen Denken und Glauben bei Thomas, deren formales Verhältnis auch unabhängig von der Begrifflichkeit des 13. Jahrhunderts noch vorbildhaft für heute sei. Er betonte mit Thomas die kritische und propädeutische Funktion der Vernunft gegenüber der Theologie. Glaubenssätze seien nur dann anzuerkennen, wenn sie die Philosophie nicht als unmöglich erweist. Philosophie habe die Funktion, die natürlichen Grundlagen des Glaubens aufzuzeigen, das Gegläubte einsichtig zu machen und Einwände gegen den Glauben zu widerlegen.

Mit *Kant* vollzieht sich, so *Ricken*, ein *entscheidender Bruch* mit der bisherigen religionsphilosophischen Tradition, d. h. der natürlichen Theologie. Charakteristisch für diese war, daß sie den Gottesbegriff mit Hilfe einer ontologischen und kosmologischen, d. h. einer metaphysischen Sprache explizierte. Nach Kant ist der Gottesbegriff aber kein Begriff der theoretischen, sondern der praktischen Vernunft, d. h. der Ethik oder Moral. Religion habe etwas mit dem Sinn des Handelns zu tun. Um zu explizieren, was Religion ist, müsse man primär von der Ethik ausgehen. Moral führe notwendig zur Religion hin.

Der Zusammenhang von Religion und Moral bei Kant stand auch im Zentrum der Arbeitsgruppe von *Hans Michael Baumgartner* (Universität Bonn). Nach Kant stelle der Mensch fest, daß ein sittliches Leben ihm nicht die Glückseligkeit sichere, nach der er sich sehnt und die eigentlich in allen seinen sittlichen Handlungen intendiert ist. Es könne aber der Vernunft unmöglich gleichgültig sein, was dabei herauskommt, wenn wir sittlich handeln. Deswegen postuliere die praktische Vernunft mit Notwendigkeit Gott als Garanten der Einheit von Sittlichkeit und Glückseligkeit. Die Existenz Gottes werde als not-